

Sofort Abschalten!

15. April 2011 – Die Atomkatastrophe von Fukushima 1 rückt aus den Schlagzeilen nach hinten. Doch dem Erdbeben, dem Tsunami und der Atomkatastrophe in Japan scheint in Deutschland ein energiepolitisches Beben zu folgen. Nur wenige Wochen nachdem die schwarz-gelbe Bundesregierung gegen heftigen Widerstand der Bevölkerung, von Umweltorganisationen und der Opposition die Laufzeitverlängerung für die AKWs der vier Konzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW durchgesetzt hat, erklärt Bundeskanzlerin Angela Merkel ein dreimonatiges Moratorium. Bis Mitte Juni will die Bundesregierung entscheiden, wie es mit der Atomenergie weiter gehen soll.

Die sieben ältesten deutschen Reaktoren wurden per Anordnung vom Netz genommen. Außerdem ist das AKW Krümmel seit der Pannenserie vom Sommer 2007 und einem erneuten Defekt eines Transformators im Sommer 2008 immer noch abgeschaltet. Wirtschaftsminister Brüderle plauderte vor Industriebossen aus, was viele in

dieser Maßnahme der Merkel-Regierung sahen: Eine Entscheidung, um Luft für die anstehenden Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu gewinnen. Das hat nicht geklappt: Ende März wird Mappus abgewählt und erstmals wird ein grüner Ministerpräsident in einem Bundesland eine Regierung mit der SPD anführen. Im Bundesrat hat die schwarz-gelbe Bundesregierung nichts mehr zu melden.

Der Plan der Bundesregierung: Gutachter unter der Leitung der Reaktor-Sicherheitskommission, der Gesellschaft für Reaktorsicherheit und des Öko-Instituts sollten die 17 deutschen Reaktoren sicherheitstechnisch unter die Lupe nehmen. Mitte Mai – wenn dieses Magazin erscheint – sollen sie ihre Ergebnisse vorlegen.

Sicherheit ist Politik

Kernschmelzen sind in allen Atomkraftwerken, die weltweit in Betrieb sind, möglich. Dazu bedürfte es eigentlich keiner weiteren Überprüfungen. Mit der

Katastrophe in Japan, einem Hochtechnologie-Land ebenso wie Deutschland, ist das vermeintliche Restrisiko zur Realität geworden.

Risiken jenseits der „praktischen Vernunft“, so hatten Gerichte in Deutschland vor Jahren geurteilt, könnten bei der Sicherheits-Auslegung der AKWs außen vor gelassen werden. Was das für Risiken sein sollten, darüber wurde in den letzten Jahrzehnten immer wieder debattiert. Mehrere Bundesregierungen, auch rot-grüne, haben das eher zugunsten der Atomkonzerne ausgelegt. Nach dem 11. September 2001 – den Terroranschlägen in den USA – war eigentlich klar, dass gezielte Angriffe mit Verkehrs-Flugzeugen auf AKWs nicht mehr jenseits der „praktischen Vernunft“ waren.

Doch Konsequenzen wurden daraus nicht gezogen: Obwohl viele der deutschen AKWs einem gezielten Terror-Angriff mit einem Flugzeug nicht standhalten, traute sich die damalige rot-grüne Bundesregierung nicht, die entsprechenden AKWs abzuschalten. Jetzt ist die Lage möglicherweise anders. So hat selbst Bayerns Ministerpräsident Seehofer die Konsequenzen aus Fukushima offenbar begriffen: Der Absturz eines Verkehrsflugzeuges ist jetzt nicht mehr jenseits der praktischen Vernunft. Dieser Absturz ist jetzt als Möglichkeit zu betrachten – und daher müssen die Betreiber der in Betrieb befindlichen AKWs diese Möglichkeit sicherheitstechnisch beherrschen.

Die älteren AKWs wie Brunsbüttel, Neckarwestheim 1, Isar 1, Philippsburg 1, Biblis A, Krümmel und noch einige mehr sind entweder gar nicht oder nur gegen leichte Maschinen ausgelegt. Modernere AKWs – allesamt Anfang der 70er Jahre konstruiert! – wie Grohnde und Brokdorf, sollen zumindest mittlere Maschinen „aushalten“. Klar ist aber auch: Einen Absturz eines A380 würde wohl kein AKW verkraften. Viele anderen Sicherheitsfragen

21.4.2011, Hamburg: ROBIN WOOD macht Druck beim Atomkonzern Vattenfall. Drei AktivistInnen seilten sich vom Dach des Vattenfall-Kundenzentrums ab und hängten ein großes Banner auf mit dem Slogan: „GAU-Roulette: Tschernobyl – Fukushima – Krümmel?“



Foto: ROBIN WOOD

werden außerdem neu zu bewerten sein: Die Auslegung deutscher AKWs gegen Erdbeben. Neckarwestheim 1 und 2 stehen in einem Erdbebengebiet. Das AKW Mülheim Kärlich ist vor Jahren aufgrund der mangelhaften Erdbebenauslegung von Gerichten stillgelegt worden. Wie sieht es mit der Notstromversorgung aus? Auch hier gibt es in deutschen Reaktoren viele Probleme. Wie ist es mit den Batterien, die nach einem Ausfall der Notstromversorgung als Rettungsanker dienen könnten? In Japan sind diese Batterien für erheblich längere Zeiten ausgelegt als in deutschen Reaktoren. Wie müssen die AKWs in Küstennähe zum Schutz vor größeren Sturmfluten ausgelegt sein, die infolge der Erderwärmung zu erwarten sind? Was ist mit dem Brandschutz?

Die Probleme sind vielfältig und in der Summe müssten die Gutachter im Rahmen einer Neubewertung eigentlich zu dem Ergebnis kommen, dass alle AKWs abgeschaltet werden müssen. Aber machen wir uns nichts vor: Sicherheit ist nicht nur eine technische, sondern vor allem auch eine politische und wirtschaftliche Frage. Wie viel Sicherheit will eine Bundesregierung zulassen? Ist sie bereit, die Interessen der Atomkonzerne gegenüber dem Gemeinwohl hintenanzustellen?

Immer mehr verdichtet sich, dass die Atomkatastrophe in Japan gravierende Konsequenzen für die Atomenergie haben wird. Bei den Parteien, aber auch den Gewerkschaften hat sich inzwischen die Auffassung scheinbar durchgesetzt, dass die jetzt vom Netz gegangenen AKWs inklusive des AKW Krümmel nie wieder ans Netz gehen dürfen. Selbst bei der CDU/CSU und der FDP findet eine Debatte statt, die die verbleibenden AKWs jetzt schneller vom Netz holen will, als es der ehemalige rot-grüne Atomkonsens vorgesehen hatte. In Baden-Württemberg hat die neue Grüne-SPD-Koalition inzwischen erklärt, dass Neckarwestheim 1 und Philippsburg 1 nicht wieder ans Netz gehen sollen. Neckarwestheim 2 soll noch vor 2020 abgeschaltet werden.

Bemerkenswert ist, dass Gewerkschaften, Bündnisgrüne und die SPD fast hinterher

hinken, wenn sie Ausstiegsfristen für die verbleibenden Anlagen fordern, die „mindestens“ die alten Konsens-Fristen einhalten, also bis etwa 2021 reichen.

Und wirklich ärgerlich ist es, wenn Sigmar Gabriel, SPD, sofort nach Fukushima erklärt, dass nun die Kohlekraft ran muss, um die Energieversorgung zu gewährleisten. Damit bedient er die Interessen der Stromkonzerne, zeigt aber auch, dass er die energiepolitischen Chancen für eine radikale Energiewende noch immer nicht verstanden hat. Greenpeace und BUND haben Berechnungen vorgelegt, die die Abschaltung bis 2015 für machbar erklärt – ohne neue Kohlekraftwerke!

Aber es ist auch in Sachen AKW-Abschaltungen kritisch zu sagen: 2015 klingt scheinbar „realistisch“, aber hat mit Physik und Technik nichts zu tun. Wenn Fukushima zu einer Neubewertung des Kernschmelzrisikos führen muss, dann kann das doch nur heißen: In jedem Reaktor kann passieren, was in Fukushima noch stattfindet. Um zu verhindern, dass so was hier passiert, kann es dann nur eine realistische Antwort geben. Alle Atomkraftwerke sofort abschalten!

Jetzt die Wende schaffen!

Für die Energieversorgung ist das ohne Frage eine Herausforderung, aber selbst in der CDU werden neuerdings auch die Chancen gesehen: Wenn der politische Wille wirklich da ist, dann können wir Abschalten und Einschalten. Die Erneuerbaren Energien hatten in einer Branchenprognose vor zwei Jahren schon dargelegt, dass sie bis 2020 einen Anteil von 47 Prozent an der Stromerzeugung haben könnten, wenn die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen wie im Jahr 2009 erhalten blieben.

Wenn jetzt diese Rahmenbedingungen noch einmal deutlich verbessert werden, wenn außerdem endlich ernstgemacht wird mit Programmen für Energieeinsparung und für mehr Effizienz, wenn endlich die Kraft-Wärmekopplung intensiv unterstützt wird, dann braucht es in der Tat nur wenige Jahre, um den beim Atomausstieg entstehenden



Die Anti-Atom- und Umweltbewegung muss weiter aktiv sein, damit die Chancen für eine Energiewende wirklich genutzt werden

Problem kurzfristig erhöhter CO₂-Emissionen in den Griff zu bekommen. Wenn also die Energiewende jetzt umgesetzt wird, dann haben wir schon in wenigen Jahren die Situation, dass gerade wegen des Atomausstiegs die mittelfristigen CO₂-Reduzierungsziele schneller erreicht werden können, als bislang vorgesehen! Neue Kohlekraftwerke sind dafür nicht erforderlich!

Nicht zu vergessen ist, dass eine forcierte Energiewende auch einen massiven Schub für Arbeitsplätze bedeuten wird. Schon jetzt sind rund 300.000 Menschen allein in Norddeutschland mit der Energiewende beschäftigt. In anderen Bundesländern, die bislang am Ausbau der Erneuerbaren Energie im Grunde nicht beteiligt waren, könnten jetzt neue starke Impulse gesetzt werden.

Klar muss aber auch sein: Die jetzigen Platzhirsche, die die Energieerzeugung zu über 80 Prozent mit ihren Atom- und Kohlekraftwerken beherrschen, werden alles daran setzen, ihre Macht und Gewinne zu sichern. Es wird also weiterhin die Aufgabe der Anti-Atom- und Umweltbewegung sein, Druck zu machen, damit die Chancen für eine Energiewende wirklich genutzt werden.

Dirk Seifert, ROBIN WOOD
Energierreferent in Hamburg